Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38 u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf., Doppelzeile, unterm Strich (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 12 u. bez. 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2008.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.
Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.

Beleuchtungsgegenstände für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Stützcorsets und Hülsenschienen
neuesten Systems zur Behandlung von Verkrümmungen des Rückens und der Gliedmassen fertigt nach eigener langjähriger Erfahrung
auf Wunsch unter Controle eines Spezial-Arztes
Wallstr. 25, I. **Franz Schuster** Wallstr. 25, I.
Fernsprecher Amt I. Nr. 2865. Bandagist und Orthopäd. Fernsprecher Amt I. Nr. 2865.

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 5, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effekten-Kontrolle unter Garantie.
IV. Kollektion der sächs. Landeslotterie.

Weinhandlung W. F. Seeger
Fernsprecher: Amt II. Nr. 2159 **Dresden** Casernenstrasse Nr. 34
empfiehlt bestgepflegte in- und ausländ. Weine, Champagner eigenes Fabrikat, Spirituosen und englische Biere.
Niederlagen in allen Städten Sachsens, neue werden jederzeit errichtet.

ff. deutsche und **englische Tuchwaaren,**
hochaparte Neuheiten in jeder Preislage. **C. H. Hesse,** 20 Marienstrasse 20 (3 Raben).

Nr. 306. Spiegel: Preußische Landtagswahlen. Hofnachrichten. Wohnungsordnung. Meldereiter. Central-Theater. Gerichtsverhandlungen. Sinfonie-Concert. „Die Journalisten" | Wahrscheinl. Witterung: Trübe, neblig, kühl. | **Sonntag, 6. November 1898.**

Politisches.

Eine wesentliche Veränderung in der Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses ist durch die Neuwahlen nicht erfolgt. Die Verstärkung der beiden freisinnigen Fraktionen vermag die bisherigen Majoritätsverhältnisse nicht zu verschieben. Das freisinnige Fähnlein ist von 20 auf 36 Mann gewachsen, von positiver Bedeutung ist die Vermehrung der freisinnigen Mandate aber keinesfalls. Wie sich auch immer die übrigen Parteien gruppiren werden, in keinem Falle sind die Freisinnigen auch in ihrer jetzigen Stärke im Stande, eine ihnen nicht erwünschte Mehrheitsbildung zu verhindern. Das Abgeordnetenhaus zählt im Ganzen 433 Mitglieder, so daß die absolute Mehrheit 217 beträgt. Die beiden konservativen Parteien sind nach wie vor über 200 Mitglieder stark, das Centrum verfügt über 100 und die nationalliberale Partei über 78 Stimmen. Die nicht oppositionelle Mehrheit kann daher, wie das früher der Fall war, entweder eine konservativ-klerikale oder konservativ-nationalliberale sein; die Freisinnigen vermögen keine dieser beiden Mehrheitskombinationen zu vereiteln.

Der springende Punkt des Wahlkampfes betraf die rein konservative Mehrheitsbildung. Alle nichtkonservativen Parteien waren einig in dem Bestreben, zu verhüten, daß die beiden konservativen Fraktionen eine Stärke erlangen, die sie befähigt, die Mehrheit allein zu bilden. Dieses Bestreben ist insofern erfolgreich gewesen, als eine Vermehrung der konservativen Mandate nicht eingetreten ist. Aber auch die Konservativen, die nur einige wenige Sitze eingebüßt haben, können mit diesem Erfolge zufrieden sein. Denn mit der Möglichkeit, die zur Mehrheit fehlenden Stimmen bei den Neuwahlen zu erlangen, haben sie nicht gerechnet; sie konnten um so weniger damit rechnen, als sie fast überall, von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen, wo sie mit den Nationalliberalen und mit dem Centrum verbunden waren, auf ihre eigene Kraft angewiesen blieben, als von allen Seiten gegen ihren Besitzstand gekämpft wurde und als zu ihren bisherigen Gegnern noch die Sozialdemokraten hinzugekommen waren, deren Wahlbetheiligung den einzigen Zweck hatte, die Konservativen zu schwächen. Trotz alledem ist deren Machtstellung im Abgeordnetenhaus nicht erschüttert worden, eine Thatsache, die wohl dazu berechtigt, die ungeminderte Kraft der staatserhaltenden, deutschnationalen Strömung zu konstatiren. Ein Beweis, daß der nationale Gedanke keineswegs geschwächt aus den Wahlen hervorgeht, kann insbesondere auch darin gefunden werden, daß die Konservativen den Polen fünf Sitze abgenommen haben. Die preußische Regierung mag hieraus den Ansporn entnehmen, die energische, zielbewußte Politik, die in den letzten Jahren dem Polenthum gegenüber wieder eingeschlagen worden ist, fortzuführen.

Während die Konservativen ihre Mandate fast nur sich selbst zu verdanken haben, sind die freisinnigen Gewinne durchweg durch die Unterstützung der übrigen antikonservativen Elemente erzielt worden. Ohne die sozialdemokratischen, nationalliberalen, ultramontanen und polnischen Hilfsmannschaften hätten die Wasserstiefler und die Wadenstrümpfler eine geradezu vernichtende Niederlage erleiden müssen. Die Wahlbetheiligung der Sozialdemokratie ist ausschließlich dem Freisinn zu Gute gekommen. Ueberall, wo die für die Freisinnigen abgegebenen Stimmen eine Zunahme erfahren haben, ist eine fremde Unterstützung nachzuweisen. Nicht weniger als 10 seiner jetzigen Abgeordnetensitze hat der Freisinn durch die Sozialdemokraten, drei durch die Polen erobert. Ferner kommt hinzu, daß die Nationalliberalen in der Mehrzahl der Fälle Hand in Hand mit den Freisinnigen gingen. Grund zu triumphiren hat der radikale Liberalismus also nicht. Seinem numerischen Gewinn gegenüber steht die beschämende Thatsache, daß er sein Dasein nur noch vermöge der ausgesprochen antinationalen Kräfte fristet. Man kann bei den preußischen Landtagswahlen von einem Zuge nach links nur in dem Sinne reden, als in Folge der völligen Abhängigkeit von der Umsturzpartei der Freisinn sich noch weiter nach der äußersten Linken entwickeln und noch mehr als bisher gezwungen sein wird, im sozialdemokratischen Fahrwasser zu segeln. Die Richter'sche Demokratie wird zwar theoretisch noch den Unterschied von dem revolutionären Sozialismus zu markiren suchen, in Wirklichkeit aber wird sie sich nur noch dadurch zu behaupten vermögen, daß sie es fortan als ihre Hauptaufgabe betrachtet, der parlamentarische Mandatar der Sozialdemokratie im preußischen Landtag zu sein. Diesmal ist noch kein Anhänger des Umsturzes in das Abgeordnetenhaus gewählt; aber bei den nächsten Landtagswahlen werden sich die Singer, Bebel und Genossen auf Grund der diesjährigen Erfahrungen voraussichtlich in weit größerem Maßstabe bei den Wahlen betheiligen und dann werden sie schwerlich wieder so uneigennützig sein, auf eigene Mandate zu Gunsten des Freisinns zu verzichten. Dann werden sie den Freisinnigen die Rechnung präsentiren und sie zwingen, ihnen eine angemessene Anzahl von Abgeordnetensitzen zur Verfügung zu stellen. Schon diesmal ist in Breslau zwischen der Sozialdemokratie und dem Freisinn wegen Abtretung eines Mandats verhandelt worden. Die Freisinnigen sind auf diese sozialdemokratische Forderung nicht eingegangen, aber nicht etwa wegen des grundsätzlichen Bedenkens, daß ein offener Pakt mit der Sozialdemokratie unbedingt zu verwerfen sei, sondern wegen der opportunistischen Erwägung, daß solcher schimpflicher Pakt auf eine größere Zahl von Wahlmännern, die für die freisinnigen Kandidaten zu stimmen sich bereit erklärt hatten, einen derartigen Eindruck machen müßte, daß sie ganz bestimmt abspringen würden. Auf dergleichen Wirkungen der Waffenbrüderschaft mit der Sozialdemokratie werden die bürgerlichen Demokraten bei den nächsten Wahlen keine Rücksicht mehr nehmen dürfen; es wird ihnen nichts übrig bleiben, als sich mit den Umstürzlern in die zur Verfügung stehenden Mandate brüderlich zu theilen. Praktisch würde es freilich keinen großen Unterschied ausmachen, wenn statt der 36 Freisinnigen 18 Freisinnige und 18 Sozialdemokraten in den Landtag einziehen würden. Der Freisinn wirkt schon heute nicht viel anders als die Sozialdemokratie; es ist gehappt wie gesprungen, ob ein Richter oder ein Bebel das Feldgeschrei wider Junker und Agrarier, wider Absolutismus und Militarismus ertönen läßt.

Als die unerfreulichste Erscheinung der Wahlen muß die Haltung der Nationalliberalen bezeichnet werden. Sie haben zumeist mit dem radikalen Liberalismus und damit zugleich auch mit der Sozialdemokratie an einem Strange gezogen, indem sie der antikonservativen Wahlparole aus parteiegoistischen Motiven der bewährten Bismarck'schen Kartellparole den Vorzug gegeben und so mittelbar den sozialdemokratischen Einfluß, wie er jetzt durch die Vermittelung des Freisinns ausgeübt wird, verstärkt haben. Die nationalliberale Wahltaktik, die jede Rücksicht auf die Interessengemeinschaft mit der Rechten und jede Rücksicht darauf, daß durch unnatürliche Bündnisse mit der freisinnig-sozialdemokratischen Koalition schwer gegen den nationalen Gedanken gesündigt wird, außer Acht gelassen hat, ist kürzlich an dieser Stelle als ein schwerer Fehler bezeichnet worden, der sich an der Partei selbst rächen müsse. Das ist schon jetzt geschehen: die Nationalliberalen bezahlen die Zeche für die Förderung der freisinnig-sozialdemokratischen Geschäfte. Sie gehen aus den Wahlen mit einem Verlust von beinahe einem Dutzend Mandaten hervor, die sie zumeist an die Demokratie haben abtreten müssen. Vielleicht kommt ihnen angesichts der sozialdemokratischen Erfolge die Einsicht wieder, daß es allezeit für sie eine ungleich wichtigere Aufgabe sein muß, durch entschiedene Bekämpfung des demokratischen und revolutionären Radikalismus die staatserhaltende, nationale Gesinnung zu bethätigen, als sich die Gefahr einer konservativen Mehrheit zu konstruiren und zu deren Verhütung ein Kartell mit der Linken einzugehen. Daß aber die Sozialdemokratie bei den Wahlen Erfolge erzielt hat, kann leider nicht geleugnet werden. Wenn man erwägt, daß sie sich nur in wenigen Wahlkreisen betheiligt hat und ihre Kraftanstrengungen nicht allzu große gewesen sind, wenn man ferner bedenkt, daß es sich um eine erste Kraftprobe handelt und die Umstürzler bei der öffentlichen Stimmabgabe mit offenem Visir kämpfen mußten, so wird man die bei den Wahlmännerwahlen erzielten Resultate nicht unterschätzen dürfen. So sind die Sozialdemokraten in Altona mit 149 Wahlmännern zur Stichwahl gekommen; in der Stadt Linden sind 86 ihrer Wahlmänner gewählt worden, in Breslau 91. Hier und da haben sie auch in der zweiten Abtheilung Siege erfochten. Bei einer lebhafteren und umfassenden Agitation der Sozialdemokratie wird es sich erweisen, daß das preußische Dreiklassenwahlsystem kein absolut sicheres Bollwerk gegen die Umsturzpartei ist; nur so lange wird es das sein, als alle nationalen staatserhaltenden Kräfte in geschlossener Einheit und Energie gegen die Sozialdemokratie und deren Bundesgenossen zusammenstehen. Die Nothwendigkeit des Bismarck'schen Kartellgedankens ist die Lehre, die sich auch aus den Wahlen in Preußen ergiebt; sie wird nicht nur bei den Reichstagswahlen, sondern in Zukunft auch bei den Landtagswahlen in und außerhalb Preußens beherzigt werden müssen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 5. November.

Berlin. Das Kaiserpaar ist heute Vormittag in Beirut eingetroffen. Der größte Theil der Straßen war mit Flaggen und Palmen geschmückt. Die 200 Köpfe starke deutsche Kolonie mit dem Generalkonsul Schröder an der Spitze empfing das Kaiserpaar. Nach diesem Empfang fuhren die Majestäten zunächst nach dem deutschen Hospital und von dort nach der Diakonissenanstalt. Der Kaiser und die Kaiserin bleiben hier an Bord der „Hohenzollern" in Wohnung. Für morgen ist ein Ausflug nach dem Hundsfluß in Aussicht genommen. Am Montag soll die Abreise nach Damaskus erfolgen. Die Rückreise nach Deutschland ist von Beirut aus auf den 12. November festgesetzt. Die Rückreise erfolgt über Genua und zwar auf der „Hohenzollern" in Begleitung der beiden Panzer „Hertha" und „Hela". Von Genua aus beabsichtigt das Kaiserpaar im strengsten Inkognito einen Ausflug nach San Remo zu unternehmen, um dort die Gedächtnißtafel für Kaiser Friedrich, die der deutsche Veteranenverein in Italien gestiftet hat, in Augenschein zu nehmen. — Prof. Müller an der Technischen Hochschule in Hannover erhielt die Königl. Sächs. Landwehr-Dienstauszeichnung 1. Klasse. — Die „Post" schreibt: Der „Frankf. Ztg." geht von angeblich gut unterrichteter Seite die Nachricht zu, daß zwischen Deutschland und der Türkei ein Bündniß abgeschlossen worden sei, das ersterem Staate in Kleinasien kommerzielle und industrielle Privilegien sichere, ihm dafür aber auch die Verpflichtung auferlege, den dortigen Besitz des Sultans gegen jeden Angriff zu schützen und die finanzielle Reorganisation der Türkei in jeder Weise zu fördern. Von gut unterrichteter Seite weiß man auch andere schöne Details des deutsch-türkischen Abkommens zu verrathen, von denen wir jedoch nur das Eine wissen, daß sie gerade so frei erfunden sind, wie die Nachricht von dem deutsch-türkischen Bündniß selbst.

* **Berlin.** Mit Rücksicht auf die in Palästina und Syrien herrschende tropische Hitze ist der Kaiserin von ärztlicher Seite die Rückkehr aus dem Süden nach dem Norden widerrathen worden. Voraussichtlich werden die Majestäten deshalb auf dem Seewege nach Deutschland zurückkehren.

Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg." tritt wiederholt den Behauptungen der freisinnigen Presse bezüglich der Fleischnoth in Deutschland entgegen. Dieselbe weist an der Hand der Ziffern der Viehzählung nach, daß sich die Schweinehaltung in Deutschland in solchem Maße vermehrt hat, daß die Deckung des durch die Bevölkerungszunahme bedingten Mehrverbrauchs von Schweinefleisch durch die Steigerung der inländischen Schweine-Aufzucht als zweifellos ausreichend angenommen werden muß. Der Bevölkerungszuwachs beträgt im Reiche in fünf Jahren etwa 5 Proz. Die Zahl der Schweine hat sich in den Jahren 1892–1897 um 17,25 Proz. vermehrt. Selbst wenn man von dem Zuwachs von mehr als 2 Mill. Schweinen die von freisinnigen Blättern herausgerechnete Mindereinfuhr von 800.000 Schweinen abziehe, verbleibe eine Steigerung von über 10 Proz., also mehr als das Doppelte der Bevölkerungszunahme.

Berlin. In dem in Vorbereitung begriffenen Gesetzentwurf betreffend den Schutz der Angestellten im Handelsgewerbe ist eine Minimal-Ruhezeit vorgesehen.

Baden-Baden. Reichskanzler Fürst Hohenlohe ist heute Nachmittag hier eingetroffen und wurde Abends vom Großherzog Friedrich in Audienz empfangen.

Altenburg. Der neugewählte Landtag des Herzogthums wurde auf den 18. November einberufen.

Beuthen i. Oberschl. Die hiesige Strafkammer verurtheilte den Polizeisergeanten Johann Ossadnik zu 9 Monaten Gefängniß, weil er am Abend des 19. Juni einen Arbeiter, der in angetrunkenem Zustande auf einem Prellstein saß, ohne jede Veranlassung mit dem Säbel schwer mißhandelt hatte.

Wien. Abgeordnetenhaus. Die Verhandlung begann mit dem Antrag, das Ministerium Thun in Anklagezustand zu versetzen. Abg. Schönerer griff die Regierung, namentlich den Justizminister, an, dem er die Worte zurief: „Schämen Sie sich!" Der Ministerpräsident erklärte, er halte es für seine Pflicht, für die angegriffenen Kollegen einzutreten und gegen Schönerer's Worte zu protestiren, werde aber gegenüber den wiederholten Angriffen auf die Regierung und die Armee verachtend schweigen, da er eine höhere Sache im Auge habe, nämlich den österreichischen Gedanken, der nicht durch Wolf oder Schönerer wankend gemacht werden könne. (Stürmischer Beifall. Rufe der Verachtung.) Die Regierung sei sich dessen durchaus bewußt, daß das Staatsgrundgesetz für sie die Richtschnur bilde. § 14, in gesetzlichen Schranken gehalten, gebe der Regierung das verfassungsmäßige Recht, Verfügungen zu treffen. Er sei der Ueberzeugung, mit den beschworenen Pflichten nicht in Widerspruch gekommen zu sein, als er den Antrag auf Erlaß der kaiserlichen Verordnungen stellte. (Stürmischer Beifall.) Nach kurzer weiterer Debatte wurde die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Wien. Die „Pol. Korr." meldet aus Petersburg, die Hauptgrundzüge des Programms der Abrüstungskonferenz seien unter eifriger Mitwirkung des Kaisers von Rußland in den einzelnen Theilen von dem Minister des Aeußeren Grafen Murawiew bereits festgesetzt worden und dürften in der zweiten Hälfte des November den auswärtigen Regierungen offiziell notifizirt werden. — Die gleiche Quelle meldet aus Athen, Prinz Georg von Griechenland dürfte Mitte November an Bord des russischen Stationsschiffes in Kanea eintreffen. Das in naher Zeit zu bildende Militär- und Civilbureau des Gouverneurs soll ausschließlich aus Kretensern zusammengesetzt werden. — Das Abgeordnetenhaus begann heute die Verhandlung der Anträge Kaizer und Genossen und Schönerer und Genossen auf Versetzung des Ministeriums Thun in den Anklagezustand wegen Erlassung von Verordnungen auf Grund des § 14.

Graz. Die Polizei hat in einem hiesigen Projektionsvortrage die Vorführung des bekannten Bildes „Der Schmied der deutschen Einheit" verboten.

Paris. Das Kriegsministerium bezeichnet die Nachricht, daß die Untersuchung gegen Picquart abgeschlossen sei und dessen Freilassung unmittelbar bevorstehe, für unzutreffend. Freycinet habe darüber noch keine Entscheidung getroffen.

Rom. Der Papst beabsichtigt, einen Brief an die deutschen Katholiken zu richten, worin er sich lobend für die Schenkung Kaiser Wilhelm's an die Katholiken ausspricht und betont, daß dem Papstthum die Interessen der deutschen Katholiken immer am Herzen gelegen hätten.

Madrid. In Regierungskreisen wird angeblich ernstlich der Plan erwogen, die Philippinen gegen Uebernahme der gesammten cubanischen und Philippinen-Schulden an Amerika zu verkaufen.

Malaga. Der Dampfer „Granautille", welcher Truppen nach der Heimath zurückbringt, ist hier eingetroffen. Während der Ueberfahrt sind 100 Personen gestorben.

Brüssel. Die Nachricht, wonach die demnächstige Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend Einführung des persönlichen Militärdienstes beabsichtigt sei, wird dementirt.

London. Die „Daily Mail" berichtet, daß ein englischer Korrespondent an Kaiser Wilhelm telegraphirt habe, er erlaube sich die Aufmerksamkeit des Kaisers darauf zu lenken, daß das englische Publikum das größte Interesse für seine Reise hege, daß aber infolge der schlechten Behandlung durch die türkischen Behörden nur sehr wenig Depeschen die Blätter erreichen und deshalb große Entrüstung in England herrsche. Die deutsche Botschaft theilte darauf dem Absender der Depesche mit, der Kaiser habe sein Telegramm erhalten. Für die Journalisten in seiner Begleitung sei Alles, was möglich wäre, gethan und es scheine kein Grund zur Beschwerde vorhanden zu sein. Das Blatt konstatirt, daß seitdem die Depeschen regelmäßig eintreffen. Auf ein ähnliches Telegramm an den Sultan sei von Hussein Hassib Effendi aus Konstantinopel ebenfalls eine befriedigende Antwort ertheilt worden.

Petersburg. Geh. Rath Kowalewsky, der zum Chef des neucreirten Handelsministeriums ernannt ist, beabsichtigt, in Deutschland und Oesterreich-Ungarn eine größere Anzahl russischer Handelsagenturen zu errichten.

Petersburg. Nach einer Depesche aus Peking ist der ehemalige chinesische Gesandte in Petersburg und Berlin, Präsident der Verwaltung der chinesischen Ostbahn, Shu King Cheng in Peking angekommen und zum Mitglied des Tsungli-Yamen ernannt worden.

Meine Firma führt jetzt **Triumph-Seife** für Rohr, Bade- und Haushalt